



Heilbronner Stimme vom 11.09.2018, S. 11 / WIRTSCHAFT

Verleger dringen auf Reform des EU-Urheberrechts

Einführung eines europaweiten Leistungsschutzrechts gefordert, um journalistische Inhalte im Internet besser zu schützen

REUTLINGEN Wie können journalistische Texte im Internet besser geschützt werden - etwa davor, dass Konzerne wie Google sie ohne Lizenz nutzen? Über die Pläne für eine Reform des Urheberrechts in der EU will das Europaparlament morgen abstimmen. "Es geht hier um eine Initiative, wie Qualitätsjournalismus auch künftig finanzierbar ist", betont der Vizepräsident des Europäischen Zeitungsverlegerverbandes, Valdo Lehari jr.. Der Verleger des "Reutlinger General-Anzeigers" kämpft seit Jahren für die europaweite Einführung des Leistungsschutzrechtes (LSR). Es soll dafür sorgen, dass Internet-Plattformen nicht mehr ohne Weiteres Überschriften und Ausschnitte von Presstexten anzeigen dürfen. In Deutschland gilt das LSR seit 2013. Es führte jedoch nicht zu nennenswerten Geldzahlungen von Konzernen wie Google an die Verlage.

Pläne Das Europaparlament hatte Pläne zur Reform des EU-Urheberrechts im Juli noch zurückgewiesen. In der neuen Sitzung stimmen die Parlamentarier auch über Alternativvorschläge ab. Die Verleger warnen davor, den Entwurf zu verwässern und die Initiative so ins Leere laufen zu lassen. Sie wollen einen Schutz erreichen wie es ihn bereits für Filme, Musik und Fernsehinhalte im Netz gibt. "Uns geht es darum, dass wir mit den Technologiekonzernen auf Augenhöhe kommen", sagte Lehari, der auch Vizepräsident des Bundesverbandes Deutscher Zeitungsverleger (BDZV) ist. So sollten aus Sicht der Verleger Internetgiganten wie Google, Facebook und Apple eine Vereinbarung mit den Verlagen treffen müssen. Lehari wies Befürchtungen zurück, dass es für private Nutzer zu Einschränkungen komme.

Zentral ist die Frage, wie Urheber, Autoren künftig beteiligt werden können an den Erlösen. Wenn mehr Erlöse da sind, kann man auch mehr verteilen", sagte Lehari. Mehr als 100 Organisationen, darunter mehrere Nachrichtenagenturen, unterstützen das Anliegen. Dagegen hatten Netzaktivisten in einem offenen Brief die EU-Parlamentarier vor dieser Reform des Urheberrechts und einer Einschränkung der Presse- und Meinungsfreiheit gewarnt. Der medienpolitische Sprecher der CDU-Landtagsfraktion, Raimund Haser, unterstützte das Anliegen der Verleger. "Wir brauchen auf europäischer Ebene ein wirksames europäisches Verlegerrecht. Wenn Nachrichten keinen Wert mehr haben, sind sie irgendwann nichts mehr wert", sagte er. Es dürften nicht immer nur Google und Facebook von dieser Leistung wirtschaftlich profitieren. "Das gegenwärtige System schützt die Falschen - nämlich diejenigen, die selbst keinen Inhalt liefern, aber durch die Verbreitung von Inhalten ihr Geld verdienen." dpa


Quelle: Heilbronner Stimme vom 11.09.2018, S. 11

Ressort: WIRTSCHAFT

Dokumentnummer: srv0000009255834

Dauerhafte Adresse des Dokuments: https://www.genios.de/document/HST_srv0000009255834

Alle Rechte vorbehalten: (c) Heilbronner Stimme GmbH & Co. KG

 © GBI-Genios Deutsche Wirtschaftsdatenbank GmbH